

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. — Preis pro Anzeigensatz Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. — Preis pro Anzeigensatz Nr. 53.

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1499

Nr. 162

Donnerstag, den 15. Juli 1926

21. Jahrgang

Spaniens Diktator über seine Politik.

Beziehungen zur Arbeiterklasse die denkbar besten. — Die Tanagerfrage.

Paris, 13. Juli. General Primo de Rivera äußerte sich gegenüber einem Vertreter des Temps über die von ihm seit Einsetzung des Direktoriums verfolgte Politik. Er suchte zunächst, die

eines französisch-spanischen Handelsvertrages zu sprechen und stellte fest, daß die Schwierigkeiten daher kämen, daß die französische Währung Schwankungen unterworfen sei. Das heute unterzeichnete

Dem jüngsten Komplott gegen seine Regierung

belgemessene Bedeutung zu entkräften, indem er erklärte, der von General Aguilera geführten Bewegung hätten sich nur 14 Offiziere von mittelmäßiger Bedeutung angeschlossen. Wenn man die Führer dieses Komplottes streng bestrafe und dem Grafen Romanones eine seinem Vermögen entsprechende Geldbuße auferlegt habe, so sei dies deshalb geschehen, um endlich mit den Umtrieben, die das Ansehen Spaniens schädigten und den wirtschaftlichen Interessen des Landes Abbruch täten, aufzudrücken. Primo de Rivera stellte alsdann fest, daß die Beziehungen seiner Regierung zur Arbeiterklasse die denkbar besten seien und fuhr fort, man werfe der Regierung vor, die Freiheit unterdrückt zu haben.

Abkommen über das Rifgebiet

nennt der General ein bedeutendes Werk, das die endliche und vollkommene Befriedigung Marokkos sicherstelle. Er besprach alsdann die Frage von Tanager. Spanien habe wiederholt den Wunsch nach einer Verringerung des Regimes ausgesprochen, da es Tanager unter drei verschiedenen Gesichtspunkten betrachte. Erstens, hinsichtlich seines militärischen Wertes: nach dieser Richtung solle nichts geändert werden. Tanager müsse militärisch seinen internationalen Charakter behalten. Zweitens, hinsichtlich der Verwaltung der Stadt Tanager sei Spanien der Ansicht, das die Bedeutung seiner Interessen und die der sehr umfangreichen spanischen Kolonie ihm eine bevorzugte Stellung sichern müßten. Da diese Frage aber geregelt sei, wolle man keine Verringerung. In der dritten Frage, der Frage der Zone von Tanager aber bringt Primo de Rivera Wünsche vor. Wenn keine ernsthafte Überwachung ausgeübt werde, würden die Aufständischen eine neue Erhebung von der internationalen Zone aus organisieren können. Spanien sei der Ansicht, daß, um die Mission, die ihm anvertraut sei, ausüben zu können, es notwendig wäre, ihm die Berechtigung zuzuerkennen, allein oder etwa mit Frankreich in enger Zusammenarbeit eine ständige Beobachtung auszuüben. Das Ziel seiner Reise nach Paris gehe nicht der Regelung dieser heißen Frage, aber Spanien habe den Wunsch, daß sie bald studiert und gelöst werde.

Ohne Zweifel habe man sie etwas eingeschränkt, doch müsse man den Zustand in Betracht ziehen, in dem sich Spanien im September 1923 befunden habe. Es sei infolge eines verbrecherischen, durch viele Jahre hindurch ertägten Regimes krank und blutleer geworden. Man könne nicht einen Kranken aufstehen, gehen, sprechen, trinken und essen lassen, wie es ihm beliebt, ohne das Uebel unheilbar zu machen. Spanien sei ein Kranker und er und seine Mitarbeiter Spaniens Ärzte, und sie würden über diesem Kranken bis zu seiner vollständigen Genesung wachen. Der General kam alsdann auf die jetzt geführten Verhandlungen über den Abschluß

Finanz Sorgen.

W. W. Der deutsche Reichstag ist in die Ferien gegangen, nachdem er dem Reichsfinanzminister die Ermächtigung erteilt hat, für 400 Millionen Mark Reichsschatzwechsel zu begeben. Zur Aufbesserung dieser Maßnahme hatte das Reichsfinanzministerium ausgeführt, daß bei den zu erwartenden Winderträgen der Steuer in den nächsten Monaten die Kassenbestände nicht ausreichen würden, um den laufenden Bedarf zu decken. Die 400 Millionen Mark sollten also sozusagen als Betriebsfonds dienen. Hiergegen ist zu sagen, daß sich die Winderträge der Steuer erst nach einigen Monaten im vollen Umfange zeitigen werden, und daß es ein bedenkliches Zeichen für die Knappheit in der Deckung des Reichsfinanzbedarfs ist, wenn schon erheblich vor dem Eintreten der Winderträge Darlehen angefordert werden müssen. Man muß vielmehr in der Begründung von Schatzwechseln ein Zeichen erblicken, daß wir von den sonstigen Bahnen der besprochenen Finanzpolitik abzuweichen beginnen. Bei dem gegenwärtigen Stand der Erwerbslosigkeit geben Reich, Länder und Gemeinden monatlich etwa 100 Millionen Mark für diesen Zweck aus. Steigt — wie vielfach befürchtet wird — die Erwerbslosigkeit im Herbst und Winter um 20 bis 30 oder mehr Prozent, so würde das einen ähnlichen Mehraufwand in Höhe von 300—500 Millionen Mark verursachen. Ueber die Frage, wie solche Mehraufwendungen gedeckt werden sollen, hat sich bisher niemand den Kopf gebrochen. Die deutsche Geschichte der letzten zwölf Jahre ist überreich an finanzpolitischen Enttäuschungen; man erweist dem Volk einen Dienst, wenn man es rechtzeitig auf drohende finanzpolitische Gefahren aufmerksam macht.

Zu den großen Aufgaben, deren Lösung im Reichsfinanzministerium vorbereitet wird, gehört der sogenannte Finanzausgleich, d. h. die Verteilung der Einnahmquellen unter Reich, Länder und Gemeinden. Man will die Länder und Gemeinden mit eigenen Einnahmquellen ausstatten und bei ihnen dadurch die Selbstverantwortlichkeit und den Sparsinn neu anfangen. Es ist nicht gerade ein sehr erhabenes Gedanke, daß wir auf die Verwirklichung eines großartigen Sparprogramms in Reich, Ländern und Gemeinden bis weit in das nächste Jahr hinein warten sollen. Der Reichsfinanzminister hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, um in den nächsten Monaten die organisierte Staatlichkeit, die in den meisten Behörden herrscht, zu legen. Die Tatsache, daß der öffentliche Haushalt im Reich sich in den letzten beiden Jahren im Gleichgewicht befunden hat, hat die eine unerwünschte Folge gehabt, daß der Eifer zur Erzielung von Ersparnissen in der Verwaltung beträchtlich abgeflacht worden ist. Wenn der Reichstag in der ersten Novemberwoche wieder zusammentritt, so wird er vermutlich sofort darüber zu beschließen haben, mit welchen Mitteln der verstärkten Arbeitslosigkeit begegnet werden soll. Darüber, welche neuen Steuerquellen erschlossen werden können, ohne daß die Schmach der Länge einer wirtschaftlichen Genesung wieder zerstört werden, denkt kaum jemand nach. In unserem westlichen Nachbarlande kämpft Finanzminister Cail্লাug den schwierigen Kampf gegen Kurzsichtige und Reformphäre. Wenn auch nicht gerade Gefahr besteht, daß unsere Währung aufs neue ins Weichen gerät, so würde doch eine neue Verwirrung im öffentlichen Haushalt die höchst peinliche Folge für die deutsche Wirtschaft haben, daß das finanzielle Interesse des kapitalträchtigen Auslandes an uns erlahmt. Der amerikanische Sachverständige, der zur Prüfung der finanziellen Verhältnisse nach Polen entsandt worden ist, hat sein Urteil in die trockenen Worte zusammengefaßt, der öffentliche Haushalt befände sich im chaotischen Durcheinander und zeige damit, daß auch die polnische Wirtschaft halb bankrott sei. — Man muß unser Volk rechtzeitig auf finanzpolitische Gefahren aufmerksam machen, damit es nicht recht unvorsichtiger und plötzlich aus seinem vertrockneten Schlummer aufgeschreckt wird.

Das französisch-englische Schuldenabkommen

Cail্লাug zurückgekehrt.

Paris, 13. Juli. Frankreich wird im ersten Jahre an England nur vier Millionen zu zahlen haben, und diese Leistung soll jährlich um zwei Millionen Pf. steigen, so daß erst von 1931 ab die volle Annuität fällig ist. Die so gestundeten Beträge wird Frankreich allerdings vom 30. Jahre ab nachzahlen haben. Auch in der Frage der Transferklausel ist England den französischen Wünschen nicht so weit entgegengekommen, wie man in Paris gehofft hat. Statt einer formell rechtlich bindenden Festlegung hat die englische Regierung sich lediglich in einem besonderen, an den französischen Finanzminister gerichteten Schreiben zu einer eventuellen Revision des Abkommens verpflichtet für den Fall, daß durch irgendwelche Umstände die Zahlungsfähigkeit Frankreichs eine Schwächung erfahren sollte. Die von Frankreich gewünschte Bestimmung, daß im Falle des Nichteinganges der deutschen Reparationsleistungen seine Zahlungsverpflichtung aufhört bzw.

herabgesetzt werden soll, ist weder in dem Abkommen noch in dem Begleitbriefen enthalten.

Die Pariser Presse hat angekündigt, daß England bereit sei, das von der Bank von Frankreich in England hinterlegte Gold zurückzugeben. Statt dessen erfährt man jetzt aus den gewonnenen Mitteilungen Sauerweins im „Matin“, daß das 58 Millionen repräsentierende Golddepot auf die französische Gesamtschuld aufgerechnet werden und endgültig in den Besitz Englands übergehen soll. Frankreich erhält allerdings eine Art Rückkaufrecht.

London, 13. Juli. Cail্লাug hat heute vormittag 9.45 Uhr London im Flugzeug verlassen, um sich nach Paris zurückzugeben.

Paris, 13. Juli. Finanzminister Cail্লাug ist in Begleitung des Unterstaatssekretärs Duboin gegen 1 Uhr mittags auf dem Flugplatz de Bourget eingetroffen.

Protest gegen das Verbot des Potemkin-Films.

Die Prometheus-Filmgesellschaft, die den Film „Panzerkreuzer Potemkin“ in Deutschland vertreibt, will, wie die Wälder hören, gegen das Verbot des Films bei dem Reichsministerium des Innern Protest einlegen.

Die Gesellschaft beabsichtigt auch, wie die „Bezet“ meldet, sich mit einem genauen Kenner der Filmfragen ins Einvernehmen zu setzen, um sich darüber beraten zu lassen, durch welche Abänderungen der Film zur Aufhebung wieder frei zu bekommen sei. Nach der Umarbeitung des Filmes hofft man, noch in dieser Woche die Aufhebung des von der Oberprüfstelle ausgesprochenen Verbotes zu erreichen.

Unterredung des deutschen Botschafters mit Briand.

Paris, 13. Juli. Der deutsche Botschafter von Hübsch hatte heute nachmittag eine Unterredung mit Ministerpräsident Briand. Die Unterredung knüpfte an die letzten Unterhaltungen an, die der Botschafter mit Briand und dem Generalsekretär im Außenministerium Philippe Berthelot über Fragen des besetzten Gebietes geführt hatte.

Austausch der Ratifikationsurkunden zum deutsch-schwedischen Handels- und Schiffsvertrage.

Berlin, 13. Juli. Heute sind im Auswärtigen Amt die Ratifikationsurkunden zu dem Handels- und Schiffsvertrage zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Schweden vom 14. Mai d. J. ausgetauscht worden. Der Austausch wurde auf deutscher Seite von dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dr. von Schubert, und auf schwedischer Seite von dem schwedischen Gesandten in Berlin af Wirsen vorgenommen. Der Vertrag tritt am 1. August 1926 in Kraft.

Attentat auf ein polnisches Munitionslager.

Wie die „Bezet“ meldet, ist gegen das Munitionslager in Bilkowice bei Krakau ein Attentatsversuch unternommen worden, der jedoch durch den rechtzeitigen Alarm des Wachtpostens verhindert werden konnte. Es entwickelte sich zwischen den Attentätern und der Wache ein Feuergefecht, in dessen Verlauf einer der Angreifer erschossen, einer schwer verletzt und einer gefangen genommen wurde.

Ein politisches Duell in Italien.

Rom, 13. Juli. In Italien steht ein politisches Sensationsduell bevor. Mussolinis Bruder Arnaldo hatte unlängst den vielgenannten General Benicenga, den Intimus des verstorbenen Demokratenführers Amendola, wegen seines bekannten Kampferlasses gegen den Faschismus stark angegriffen und lächerlich gemacht. Darauf schrieb Benicenga an Arnaldo Mussolini einen gepfefferten Brief, der Arnaldo bestimmte, dem General seine Beugen zu schicken in der Person eines Redakteurs des „Popolo d'Italia“ und des Generals Bagzan, des Generalschleifers der faschistischen Miliz. Das Duell wird in aller Kürze stattfinden.

Sechs Millionen für Milderung der Arbeitslosigkeit in Westfalen.

Münster, 13. Juli. Die Landesbank in Münster hat aus eigenen Mitteln zur Milderung der Arbeitslosigkeit sechs Millionen zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag soll unter Mitwirkung der Regierung zu Arbeitsarbeiten der westfälischen Kommune verwendet werden, wobei solche Fälle bevorzugt werden sollen, bei denen die Regierung „verstärkte Förderung“ anerkannt hat.